

Es ist was los in Brandenburg!

Vor allem, wenn es um die Wölfe geht. Rund 800 Bürger fanden sich am Abend des 31. März zu neun Wolfsmahnwachen rund um Berlin ein. Sicher vertreibt man damit keine Wölfe, aber es ist angesichts der aktuellen Situation in den Wolfsgebieten - Brandenburg verfügt aktuell mit Sicherheit über die höchste Wolfsdichte bundes- wenn nicht sogar weltweit - ein klares Zeichen der Betroffenheit der Bürger und des dringenden Handlungsbedarfes für die Politik. Wenn zu solchen Veranstaltungen nicht nur die Vertreter der betroffenen Verbände, sondern auch der zuständige Landesminister und eine Staatssekretärin erscheinen, so darf es als erstes Zeichen dafür gewertet werden, dass man beginnt ein Problem zu erkennen. Ein Problem, vor dem bereits seit geraumer Zeit von Landwirtschaft, Weidetierhaltern, Jägern und Wissenschaftlern gewarnt wird. Deren Hinweise wurden generell als von eigenen Interessen geleitet und ewig gestrig abgetan.

Als deutlich gestrig und weltfremd darf man dabei die Worte des Brandenburger Vorsitzenden des NABU, Friedhelm Schmitz-Jersch, bezeichnen, der mit den folgenden Sätzen im RBB-Fernsehen zu vernehmen war, als er mit zwei Dutzend seiner Getreuen unter dem Motto: "Der Wolf ist nicht schuld!" vor dem Brandenburger Landtag auftrat ([LINK](#)):

„Es wäre doch wunderbar, wenn wir auch ein Stück wilde Natur, auch mit einem Raubtier, das aber für den Menschen nicht gefährlich ist, wenn wir eine solche Natur auch vor der Haustür haben.“

Die Schuldigen haben sich in ihrer Sorge ein Schild gemalt.

Wenn sein Verband und Interessengruppen gleichen Auftretens in der gleichen Sendung von einem Landrat und Genossen seiner eigenen Volkspartei als „Öko-PEGIDA“ bezeichnet werden zeigt das, wie tief inzwischen im gleichen politischen Lager die Kluft ist, die je nach stadtgrüner Träumerei oder tatsächlicher Betroffenheit beim Wolf durch die Gesellschaft geht.

Was von vielen berechtigten Forderungen dieses Abends die Bundespolitik und das Bundesumweltministerium erreicht, denn dort müssen ungeachtet allen Föderalismus die großen Weichen gestellt werden, darf angesichts einer Ministerin gleicher Partei und eines dort in Sachen Artenschutz mindestens als dogmatisch zu bezeichnenden Beamtenapparates nicht zu optimistisch beurteilt werden. Der Forderung des zuständigen Ministers Jörg Vogelsänger (ebenfalls SPD) nach einer Wolfsverordnung in Brandenburg ist zu wünschen, dass diese nicht so von sämtlichen pragmatischen Ansätzen befreit wird, wie die Vielzahl an Wolf-Managementplänen in Deutschland.

Es gilt, den Verantwortlichen die Fakten und die damit verbundenen Probleme regelmäßig vor Augen zu führen und gerade im Hinblick auf anstehende Wahlen den Druck aufrecht zu erhalten.

Den Wolf kann man nicht aussitzen.

Er vermehrt sich zülig, er breitet sich immer weiter in zunehmend schadensträchtige Gebiete aus, und er will (und muss) fressen. Das sich dies in unserer dicht besiedelten Kulturlandschaft nicht bis zum Erreichen einer natürlichen Grenze fortsetzen kann und darf, ist gerade im Sinne des Artenschutzes auch für den Wolf selbst von denen einzusehen, die ihn aus ihrer stadtgrünen Perspektive so toll finden.